

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Neue Mittelschule: Lehrer - Anstellungen

GR. **Schönberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schönberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne. Die Anfrage bezieht sich auf die Neue Mittelschule, wie der Bürgermeister schon gesagt hat, Lehrerinnen- und Lehrer-Anstellungen. Seit einem halben Jahr ist es fixiert, fast alle Grazer Hauptschulen beteiligen sich am Schulversuch „Neue Mittelschule“.

Dies bedeutet unter anderem auch, dass zwei Lehrpersonen, eine Hauptschullehrkraft und eine AHS-Lehrkraft gemeinsam eine Klasse unterrichten. Für diesen Schulversuch werden zusätzlich 12 Lehrerstunden, sechs vom Bund und sechs vom Land, zur Verfügung gestellt. Daraus lässt sich ein Bedarf an AHS-Lehrpersonen ableiten. 150 Pädagoginnen und Pädagogen bewarben sich um 28 Planstellen in der neuen Mittelschule.

Der Landesschulrat, besser gesagt, der Präsident des steirischen Landesschulrates, erklärte die Anstellung der AHS-LehrerInnen zur Chefsache und setzte ein Team, bestehend aus dem Präsidenten des Landesschulrates, seiner Büroleiterin, dem Leiter der Abteilung P3, das ist die pädagogische Abteilung, und dem Landesschulinspektor für die Pflichtschulen ein, um ein Auswahlverfahren abzuhandeln.

Kriterien, wie Affinität zum Modellplan, hohe soziale Kompetenz, Reflexions- und Diskursfähigkeit, reformpädagogische Zusatzausbildungen, Bereitschaft zur Arbeit in Integrationsklassen oder Umgang mit Kindern nicht deutscher Muttersprache waren Kriterien, die die Bewerber erfüllen mussten. Diese Kriterien erfüllten viele der BewerberInnen, vor allem auch jene KollegInnen, die bereits im Schuldienst stehen und sich beworben haben.

Das „ExpertInnenteam“ setzte sich allerdings über dienstrechtliche Vorschriften wie den Sicherstellungserlass aus dem Jahr 2008/09 des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur hinweg, der besagt, „im Dienst stehende BewerberInnen mit Versetzungswunsch haben Vorrang gegenüber NeubewerberInnen“ und stellt ausschließlich PädagogInnen an, die noch nicht im Schuldienst stehen. Weiters war beim Auswahlverfahren die Personalabteilung des Landesschulrates als auch die Personalvertretung ausgeschaltet, was eine Verletzung des § 9 Abs. 2 Personalvertretungsgesetz zur Folge hat.

Namens der ÖVP - Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, lieber Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, an den Landesschulratspräsidenten heranzutreten und eine Überprüfung des Auswahlverfahrens zu verlangen, vor allem hinsichtlich der Nichteinhaltung der Weisung des BMUKK, die besagt, dass bei Personalbesetzungen Versetzungen vor Neuanstellungen zu erfolgen haben und hinsichtlich der rechtlich korrekten Vorgehensweise?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Parteienförderung; Klärung der rechtlichen Fragen

GR. **Herper** stellt folgende Anfrage:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie sicher den meisten KollegInnen, die hier anwesend sind, nicht in den Ausschüssen, in Erinnerung, musste in der Juni-Sitzung des Gemeinderates nach langen Debatten wegen offener rechtlicher Fragen das Gemeinderatsstück betreffend die

Parteienförderung kurzfristig abgeändert werden: Nachdem Klagen und einstweilige Verfügungen in den Raum gestellt wurden, wurde allen Gemeinderatsparteien generell 70 Prozent der ihnen zustehenden Parteienförderung zugebilligt. Heute hätte - betreffend die restlichen jeweils 30 Prozent nach Vorliegen einer rechtlichen Beurteilung über die Machbarkeit der Nicht-Ausbezahlung dieses Anteils wegen zu verurteilender Aussagen im Wahlkampf - die Entscheidung getroffen werden sollen. Doch dieser Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni wird heute nicht vollzogen werden können, die eingeforderte rechtliche Beurteilung liegt nicht vor, und damit auch nicht das für heute vorzusehende Gemeinderatsstück.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

bis wann mit dem Vorliegen dieser rechtlichen Beurteilung zu rechnen ist, damit das betreffende Gemeinderatsstück endlich einer Beschlussfassung zugeführt werden kann und eine Entscheidung über die Parteienförderung in der Stadt Graz?
Dankeschön(*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Klubobmann, wir haben angefordert eine Stellungnahme des Bundes- und des Landesverfassungsdienstes. Sobald mir beide Stellungnahmen vorliegen, werden wir die Diskussion und die Angelegenheiten hier im Gemeinderat diskutieren.

3) Burg Gösting

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte Ihnen heute eine Anfrage stellen zur Burg Gösting. Die Burg Gösting wurde im 12. Jahrhundert erbaut und zählt nach Burgexperten zu den bedeutendsten in Österreich. Für Graz und für den Bezirk Gösting ist dies somit ein wertvolles Baudenkmal, das bei den Grazerinnen und Grazern auch als Erholungs- und Ausflugsziel beliebt ist.

Die Eigentumsverhältnisse haben sich im Laufe der Zeit natürlich auch verändert, hin vom landesfürstlichen Besitz, über Habsburger, Eggenberger, der Familie Attems - und der jetzige Burgherr heißt Hubert Auer. Der frühere Liegenschaftsreferent Dr. Wolfgang Riedler hat bereits Gespräche begonnen, das Areal für die Stadt Graz zu sichern und rückzuführen. Im Grazer Stadtgespräch von Steiermark 1 sprach der Bezirksvorsteher von Gösting, Gerald Vrchota, dass es ein Konzept seitens der Stadt gibt, um diese zurückzukaufen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Hr. Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

wie sieht dieses Konzept zum Rückkauf der Burg Gösting aus?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, Konzept gibt es keines, es gibt den Wunsch vieler Damen und Herren im Stadtsenat, aber auch im Gemeinderat, dass wir unter Umständen zumindest den Bereich rund um die Burg und damit auch die Burg vielleicht einmal ankaufen könnten. Aus persönlichen Gesprächen, die schon einige Zeit zurückliegen, mit dem Burgherrn habe ich einmal in Erfahrung gebracht, dass er nicht ganz abgeneigt ist, aber da auch noch einige Zeit verstreichen muss. Also im Moment ist er nicht gewillt, das war so eine Aussage vor drei oder vier Jahren, wir sollten da immer wieder den Vorstoß unternehmen, aber Konzept liegt quasi keines vor, sondern nur der Wunsch, dass dieses Ausflugsziel für die Grazerinnen und Grazer vielleicht dann einmal von Seiten der Stadt Graz aus auch bespielt werden könnte.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sie sprechen von einem Vorstoß, können Sie das schon ein bisschen konkretisieren, dass Sie einen weiteren Vorstoß tätigen werden oder den Liegenschaftsreferenten beauftragen, etwas zu tun?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich nehme Ihre Anfrage heute wieder zum Anlass, dass ich den Kollegen Rüschi dann ersuchen werde, dass er wieder einmal auch ein solches Gespräch sucht. Also es war keine Ablehnung, keine komplette, vor Jahren, aber es hat eben geheißen, jetzt lassen wir das einmal ruhen, vielleicht ist der Zeitpunkt wieder da, dass er gesprächsbereit ist, schön wäre es allemal.

4) Beantwortung von Anfragen aus der Fragestunde

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meiner mündlichen Anfrage geht es darum, wie man mit Fragen, die von Gemeinderäten, eben speziell mit meiner Frage, die ich vor mehr als acht Wochen gestellt habe hier, umgeht. Wie gesagt am 8. Mai dieses Jahres habe ich mir erlaubt, in der Fragestunde an die zuständige Verkehrsreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker eine Frage nach dem Verkehrskonzept beziehungsweise nach der entsprechenden Umsetzung dieses Konzeptes für den Messebereich einzubringen. Doch in dem selben Maß, wie dieses Verkehrskonzept und die Realisierung auf sich warten lässt, ebenso säumig, muss ich leider sagen, ist die Frau Bürgermeister-Stellvertreterin in Hinblick auf ihre Antwort. Richtig ist zwar, dass ich aufgrund der Fülle an Fragen an diesem Tag nicht mehr in den Genuss der mündlichen Antwort kam, aber nach dem Statut nach § 16a Absatz 8 wären Anfragen entsprechend dann schriftlich zu beantworten und zwar in einer genannten Frist von zwei Wochen und es wäre auch so, dass wie gesagt, diese schriftliche Beantwortung dann in der nächsten ordentlichen Sitzung im Gemeinderat zur Einsicht aufzulegen sei.

Soweit die Geschäftsordnung. Doch die Geschäftsordnung und das Papier sind sehr geduldig. Denn Tatsache ist, dass seit dem 8. Mai mehr als zwei Wochen verstrichen sind und dass es heute also nicht die erste Sitzung ist, sondern schon die zweite nach dem 8. Mai und ich nach wie vor, wie gesagt, auf diese Antwort warte. Ich finde es nicht besonders erfreulich, dass hier, wie gesagt und gerade und speziell von einer Vertreterin jener Fraktion, die noch bis vor wenigen Wochen und Monaten immer wieder hier mangelnde Informationsflüsse, Hintanhaltungen von Auskünften und, und, und entsprechend hier kritisiert hat und wo die Fraktion immer wieder ans Rednerpult gegangen ist und auf das Pult geklopft hat und gesagt hat, so kann es ja nicht sein, wo bleiben die Rechte und wo bleiben die Pflichten natürlich auch der Regierungsmitglieder. Und hier ist es so, dass ich nur hoffe und ich nehme es nicht an, dass die Frau Bürgermeisterstellvertreterin das jetzt zur Gewohnheit werden lässt, weil ich merke auf der anderen Seite, es gibt auch positive Züge und da oder dort gibt es doch schon Antworten, bevor die Frage überhaupt gestellt wurde.

Ich darf aber an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e

richten, ob du bereit bist, als Bürgermeister und Vorsitzender der Koalition mit deiner Partnerin einmal die Geschäftsordnung durchzugehen und dass die Gemeinderäte entsprechend hier eine Würdigung zumindest in jener Form erhalten, auch wenn sie nicht der Koalition angehören, dass zumindest hier in der notwendigen und auch in der Geschäftsordnung festgehaltenen Frist die entsprechenden Antworten einlangen. Ich danke schön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Herr Gemeinderat, lieber Klaus Eichberger, nach Rücksprache mit der Frau Vizebürgermeisterin kann ich gleich vermelden, dass, weil wir viel miteinander sprechen, dass uns natürlich die Geschäftsordnung und das Statut quasi auch etwas Heiliges sind und wir auch die Wertschätzung den Gemeinderäten, wie dir gegenüber, zum Ausdruck bringen wollen, indem wir möglichst rasch Antworten geben. Es soll so sein, dass hier die Antwort sogar in deine Richtung abgesendet worden sein soll, aber wir prüfen das gerade und wenn

es der Fall war und aus irgendwelchen unergründlichen, mir nicht näher bekannten Gründen nicht bis zu dir gekommen ist, werden wir das sofort nachholen und du wirst es in dieser Sitzung noch kriegen, es ist schon in Arbeit und so etwas soll natürlich nicht vorkommen.

GR. **Eichberger**: Ich habe meinen Wohnsitz zwischenzeitlich nicht geändert, ich wohne nach wie vor, wie gesagt, in Graz und es geht an und für sich selten die Post verloren.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden das gleich geklärt haben, aber mir war es wichtig, dass ich diese Frage beantworte, weil sonst müsste ich sie dann auch wieder innerhalb einer kurzen Frist schriftlich beantworten und das wird vielleicht eine In-House-Zustellung.

5) Neue GVB-Variobahn/Zu wenige Sitzplätze

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es war dieses Thema auch heute der Kleinen Zeitung ein Zwei-Seiten-Bericht wert. Es ist unbestritten, glaube ich, und hier nehme ich an, dass viele Kolleginnen und Kollegen dieselbe Meinung wie ich haben, nämlich insofern, dass der Zuspruch zum öffentlichen Verkehr mit dessen Attraktivität steht, aber auch fällt und das ist, nehme ich an, hier im Hause unbestritten. Ganz wesentlich zu dieser Attraktivität und zur Akzeptanz der öffentlichen Verkehrsmittel gehören unter anderem neben günstigen Tarifen, guten Intervallen, Umstiegsmöglichkeiten natürlich auch der Komfort und nachdem ein oft vorgebrachtes Argument von AutofahrerInnen gegen das Umsteigen von ihrem Privat-Pkw auf öffentliche Verkehrsmittel lautet, dass sie im Pkw Platz finden

entgegen sehr oftmaligen Benützungen von öffentlichen Verkehrsmitteln, ist es so, dass diese für uns alle erfreuliche Anschaffung von 45 neuen Straßenbahngarnituren, die ab nächstem Jahr hier in Graz hier eintrudeln werden, doch ein großes Manko aufzuweisen haben, nämlich hinsichtlich der Sitzplatzanzahl. So gibt es insgesamt 17 weniger fixmontierte Sitzplätze und in Summe gibt es gegenüber den Cityrunnern jetzt um sieben Sitzplätze weniger. Und wir kennen die Situation schon jetzt, zumindest jene, die die Straßenbahn hin und wieder benutzen, dass es auch jetzt schon einen ziemlichen Kampf und Krampf um die entsprechenden Sitzplätze gibt und aus diesem Grund und berechtigterweise hat sich hier auch Stadträtin Elke Edlinger diesbezüglich zu Wort gemeldet, weil es vor allem eben um ältere Personen geht, um Personen geht, wo Eltern mit ihren Kindern die Straßenbahn benutzen, dass hier einfach sehr, sehr oft hier diese besagten und benannten Personengruppen hier Probleme haben, einen entsprechenden Sitzplatz zu finden. Und ich weiß schon, dass die Auslieferung im nächsten Jahr bevorsteht, aber trotz alledem würde ich den Herrn Bürgermeister bitten, einerseits in seiner Funktion als Bürgermeister der Landeshauptstadt und auf der anderen Seite auch in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG vielleicht doch noch einmal hier die Situation und die Anzahl der Sitzplätze mit den entsprechenden Damen und Herren der ausführenden Firmen und, und, und hier zu besprechen und vielleicht gibt es doch noch eine Möglichkeit, wissend auch um Beengtheit und um die Situation, dass halt die Straßenbahnen leider nicht länger gebaut werden können, weil die Werkstätten wie gesagt oder die Werkstättenlänge dafür nicht ausreicht, darf ich trotzdem den Herrn Bürgermeister in diesem Zusammenhang fragen, ob er bereit ist, hier doch noch einmal das zum Thema zu machen und zu versuchen, ob es hier zu einer Aufstockung der momentan nur vorgesehenen 37 fixen Sitzplätze beziehungsweise der insgesamt 47 zukünftigen vorhandenen Sitzplätze in den neuen GVB-Vario-Straßenbahnen bereit ist, hier diese zu führen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, die Geschichte möchte ich auch gleich unmittelbar beantworten. Es gibt ja, wie man heute schön anhand der beiden Tageszeitungen feststellen kann, auf Doppelseiten die Möglichkeit unterschiedlicher Sichtweisen. Während die eine Zeitung heute die Anschaffung dieser neuen Straßenbahnen durchaus sehr positiv

gestaltet hat, hat das andere Zeitungsblatt durchaus sehr viel Kritik und aus meiner Sicht auch unberechtigt sehr viel Frust hineingeschrieben. Ich freue mich drüber, dass wir in einem ordnungsgemäß durchgeführten Ausschreibungsverfahren den Mut hatten, 90 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, um 45 neue Straßenbahnen anzuschaffen. Diese sind de facto bestellt und ich gehe jetzt davon aus, dass es zu einem Qualitätsschub kommen wird, nämlich auch deswegen, weil wir das erste Mal über klimatisierte Straßenbahnen reden und, und, und. Der Andrang, vor allem in der Morgenspitze, was unsere Kinder usw. betrifft, ist so groß, dass es da durchaus abzuwägen gilt, wie viele Sitzbänke werden eingebaut und wie viele nicht. Wenn ich an die Kinderwagen, an die Rollstühle denke, vielleicht auch an die Vision, dass eines Tages auch das Einsteigen mit Fahrrädern eine Variante ist, sollte man das ernsthaft diskutieren und nicht von Haus aus jetzt gleich sagen, das ist alles wieder schlecht, was hier bestellt worden ist. Ich glaube auch nicht, dass man da doch Sitzbänke jetzt hinzufügen kann, weil es gibt ein Straßenbahnkonzept und diese Straßenbahnen müssen ja de facto dann auch so geliefert werden, wie wir sie bestellt haben. Man kann das gerne diskutieren, ich möchte jetzt nur nicht gleich so negativ darstellen, dass da jetzt einfach nur so wenig Sitzplätze in unseren neuen Straßenbahnen sind. Sie sind laut Ausschreibungsergebnis nicht nur die günstigsten, sondern auch qualitativ hochwertigst, auch was die verwendeten Materialien angeht, als auch, was die Kühlung und die Belüftung angeht und ich bin gerne bereit, das auch zu diskutieren, aber ich würde es nicht gleich so negativ darstellen. Habe mich heute über den Journalisten durchaus in der Früh auch schon ein bisschen gewundert, dass das so negativ dargestellt wird und auch bei den Werkstätten, es weiß jeder, dass wir jedes Mal bei unterschiedlichen Modellen die Werkstattproblematik haben werden, wir haben damals bei den Cityrunnern, wie die gekauft worden sind, die Werkstätten dazubauen müssen, auch das ist heute so negativ hinübergekommen, das war viel Geld, das wir in die Hand nehmen mussten. Ein weiteres Bestellen von weiteren Modellen geht auf Grund der Ausschreibungsbedingungen nicht und jetzt gelten auch wieder neue gesetzliche Rahmenbedingungen für Straßenbahnen, was die Breite angeht, die Abstände angeht und, und, und, auf das werden wir leider reagieren müssen. Aber noch einmal, deine Intention ist klar, es geht auch um die Senioren, die sitzen wollen und, und, und, da geht es um das Thema Rücksichtnahme, aber ich bitte da auch gerade die Morgenstunden einmal zu berücksichtigen, da brauchen die vielen

Personen, die da fahren, vor allem die Kinder, auch Platz und jede Bankreihe erschwert das natürlich auch wieder zusätzlich. Aber die Frau Vizebürgermeisterin hat sich auch zu Wort gemeldet.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Anfrage. Es gab zur Variobahn ein ziemlich umfassendes Vorbereitungsverfahren, das nicht nur das Design betroffen hat, das möchte ich hier einmal ganz klar sagen, ich habe auch noch einmal ganz stark hier gefordert, dass gerade der Verein Fahrgast eingebunden wird neben dem Blindenverein, neben dem Referat für barrierefreies Bauen, neben einer Organisation, die mir jetzt nicht einfällt, die aber auch aus dem Bereich Barrierefreiheit kommt und eben auch dem Verein Fahrgast. Ganz bewusst, und um bestimmte Fehler, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, nicht mehr zu machen und insbesondere auf die Zukunft der Stadt zugeschnitten eine Straßenbahn zu entwickeln, was eben das Thema Barrierefreiheit angeht. Das heißt, wir haben auch noch einige Dinge umgeplant, gerade im Bereich der Situierung von Rollstühlen, Kinderwagenunterbringung usw. Was nicht gelungen ist, ist ein Kompromiss oder einen Zugang zu finden, der den Verein Fahrgast zufriedengestellt hat, was die Sitzplätze angeht, das ist die Situation, wie sie sich gerade auch in der Zeitung darstellt. Aber genau die Frage, wann wir das größte Problem haben mit dem Transport von Menschen, das ist in der Frühspitze. Wir haben in der Frühspitze die Situation, dass zu eng gebaute Straßenbahnen für Kinder insbesondere mit Schultaschen und für Menschen, die irgendwas transportieren teilweise nicht zumutbar sind und deswegen haben wir uns dafür entschieden und das war auch eine Entscheidung, die auf Grund von verschiedenen Meinungen, die ich eingeholt habe, weil ich habe mir natürlich genau angeschaut die Kritik vom Verein Fahrgast, wo ich dem nachgegangen bin, das wir brauchen in der Frühspitze die bestmögliche Form, ohne dass die Leute sich erdrücken beziehungsweise gegenseitig so drängeln, dass sie gegenseitig sich auf den Schoß setzen müssen. Wenn du das kennst zwischen halb sieben und halb acht mit der Straßenbahn zu fahren, auf der 7er-Linie insbesondere, dann ist es gerade für kleine Schulkinder ein Wahnsinn, was da an Gedränge passiert, das war eine Überlegung. Es gibt einige Klappenelemente, die extra so gebaut sind, dass eben in einer Zeit, wo weniger los ist, damit in der

Straßenbahn gesessen werden kann, natürlich ist es der Kompromiss, der auf Kosten derer geht, die am Abend gerne sitzen. Es ist so, dass am Abend das Bedürfnis der Benutzer/Benutzerinnen der Straßenbahnen das ist, stärker sitzen zu wollen, sie sind müde nach einem langen Tag, aber wir haben auch etwas zu lösen gehabt, was wir nämlich haben, dass wir jetzt, so lange wir noch nicht die Herrengasse entflochten haben, müssen wir mit einem bestimmten Takt möglichst viele Personen befördern und das war einer der Punkte, warum ich dann auch dem nachgegeben habe und gesagt habe, ja, wir werden uns da entscheiden, dass wir sagen so viel Platz wie möglich, auch zum Stehen in der Straßenbahn, das ist eine bewusste Entscheidung. Mittelfristig schafft sie auch Möglichkeiten, die wir jetzt noch nicht realisieren werden, wie zum Beispiel irgendwann einmal auch über eine Fahrradmitnahme am Wochenende zu reden etc. Also, das ist auch eine Geschichte, die in anderen Städten durchaus schon üblich ist.

GR. **Eichberger:** Ich möchte nur eines, und ich glaube nicht, dass das so drüber gekommen ist, lieber Herr Bürgermeister, dass es hier jetzt von unserer Seite grundsätzlich Kritik an der Anschaffung gibt, sondern auch wir freuen uns sehr wohl über diese einerseits wirklich, glaube ich, in den letzten Jahrzehnten nicht da gewesene Investition und diesen Erneuerungs- und diesen Modernisierungsschub und es wurde ja gestern, wie gesagt, diese neue Straßenbahn auch im Verkehrsausschuss präsentiert und sie gibt wirklich was her und wird ein Schmuckstück auf den Straßen sein, also hier möchte ich schon auch für unsere Fraktion hineinreklamieren, dass wir uns sehr wohl grundsätzlich zu dieser Anschaffung und zu diesen neuen Straßenbahnen bekennen. Wir freuen uns auch, dass hier im Entscheidungsprozess, wie es zu diesen Bestellungen gekommen ist, eine sehr breite Meinungsfindung stattgefunden hat mit unheimlich viel Organisationen, mit Joanneum Research und, und, und. Auf der anderen Seite aber weiß ich nicht, und das war eben die Intention meiner Anfrage, ob man nicht trotzdem noch einmal nachfragen könnte, inwieweit nicht doch vielleicht auch wieder ein Kompromiss, dass ich halt nicht vielleicht das volle Ausmaß jetzt erreiche, wie sie derzeit in den Cityrunners habe mit 54 Sitzplätzen, sondern dass ich zumindest von den 47 vielleicht den einen oder anderen, der momentan vorgesehen ist, doch noch

unterbringe zu Lasten vielleicht doch halt einer anderen, das ist mir sehr wohl bewusst, aber nur darum ging es mir und wir wollen weder die Anschaffung insgesamt noch diese neue Form und wirklich attraktive Form der Straßenbahn verhindern.

Bgm. Mag. **Nagl**: Mir war es nur noch einmal wichtig auch zu betonen, es gibt so die unterschiedlichen Sichtweisen, wir freuen uns jetzt Gott sei dank gemeinsam drüber, man kann ein Projekt von Anfang an auch medial gleich kaputt machen. Die Kronen Zeitung hat heute auf der anderen Seite einmal auch geschrieben über Namensnennungen nachzudenken, diese Anschaffung positiv zu sehen und wir werden uns das noch einmal gemeinsam anschauen, aber es sind Klappstühle da, die zusätzlich da sind, aber ich denke mir, da kann es dann nicht einmal bei der Ausschreibung mehr etwas verändern und es ist, glaube ich, auch gar kein Muss. Es gibt, wie gesagt, Frau Vizebürgermeisterin hat es ausgeführt, auch Gründe dafür, wieso nicht so viele Sitzbänke drinnen sein sollten.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte nur eine Anmerkung dazu machen. Wir wollen ja auch, dass Menschen in die Straßenbahn umsteigen, die jetzt aus guten Gründen sagen, die Stadt ist mit der Straßenbahn für mich nicht gut erreichbar. Zum Beispiel Eltern mit Kinderwägen, wer jetzt den Cityrunner kennt, weiß, wenn der einigermaßen angefüllt ist, dass mit einem Kinderwagen da drinnen das Limit erreicht ist. Also ich möchte einfach nur wirklich sagen, wir haben eine Zielsetzung, nämlich auch eine lenkende Zielsetzung, dass wenn wir einen Umstieg und eine Attraktivierung wollen, wegzukommen vom Auto, und eines der hauptgehörtesten Argumente von Eltern für mich ist, ich kann mit dem öffentlichen Verkehrsmittel mich nicht fortbewegen, weil das mit den Kinderwägen ist so, wenn ich einsteige und es steht schon ein Kinderwagen oder womöglich sitzen viele Menschen, kann ich schon wieder aussteigen. Das ist für mich ein ganz ein wesentlicher Faktor, um auch eine familienfreundliche Form der Fortbewegung ohne Auto in der Stadt zu ermöglichen

und deswegen auch diese Entscheidung, soviel Raum wie möglich für solche Transportformen zu finden.

StRin. **Edlinger**: Das zentrale Problem ist aber nach wie vor die Kürze der Wägen. Jetzt wissen wir schon, dass das in Zusammenhang mit bereits errichteten Bauten steht, aber wenn ich alleine die Vergleiche mir anschau, wie viel Ein- und Ausstiege andere Linien in anderen Städten haben können, weil sie einfach längere Wägen haben, da bringt man dann beides unter, da bringt man viele Sitze unter und auch die Kinderwägen. Weil auch du weißt aus eigener Erfahrung, ab irgendeinem Zeitpunkt ist man dann nicht mehr mit dem Kinderwagen, sondern mit Kind an der Hand unterwegs und dann bist du wieder angewiesen auf den Sitz, weil irgendwie ein Kind halten bei Einkaufstasche halten und zusätzlich dich selbst noch halten stehend in der Straßenbahn ist eine besondere Herausforderung (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Dazu haben wir uns natürlich intensiv beschäftigt, weil es gibt ja die Möglichkeit, ein Zusatzmodul zu bestellen. Ich habe mir das noch einmal durchrechnen lassen. Wir haben jetzt Straßenbahnstationen, die durchwegs oder nicht durchwegs, ein großer Teil davon noch immer auf eine kürzere Version ausgelegt ist. Eine lange Fassung würde 37 statt 27 Meter sein, da haben wir noch nicht alle Straßenbahnhaltestellen in Graz in dieser Form. Wir sind aber dabei, bei allen weiteren Ausbaumaßnahmen langsam, aber nicht so schnell wie der erste Cityrunner, wie die erste neue Variobahn kommt, so schnell fertig zu sein, dass wir dann wirklich alle Haltestellen, insbesondere den Jakominiplatz, so organisiert haben, dass dort eine Doppelhaltestelle zum Beispiel aufrecht zu erhalten ist, bei einer doppelten Länge. Was wir aber machen ist zu prüfen, ab wann es erstens finanzierbar war und das war bitte in der Vorperiode in Entscheidung, was die Obergrenze ist der Beschaffung für die Straßenbahnen, das ist was, was ich auch geerbt habe, aber es gibt die Möglichkeit, es gibt die Möglichkeit mittelfristig, wie wir wissen von 2009 Herbst bis 2015 kommen sukzessive die Straßenbahnen. Ab einem bestimmten Zeitpunkt kann man auch eine verlängerte bestellen, wenn die

Ausbaumaßnahmen in Graz gleichzeitig soweit fortgeschritten sind, dass die dann auch wirklich bedient werden kann. Ist aber eine Finanzierungsfrage und das prüfe ich gerade, ob wir das vorziehen, was wir eigentlich für einen späteren Zeitpunkt übernommen haben. Also, es ist möglich und natürlich ist klar, dass sie länger sein sollte, aber auf Grund der gegebenen baulichen Bedingungen nicht momentan umsetzbar und was man noch dazusagen muss, wir haben in Graz eine Straßenbahn, die führt durch Innenstadt, Altstadtgebiet, durch sehr enge Gassen, das heißt, auch das ist bei der Länge teilweise ein Problem, die eben auch mit Gleisbauarbeiten, mit Straßenraumgestaltung durchaus Probleme nach sich rufen, wo wir einfach Gegebenheiten haben. Wir haben schon darüber diskutiert, was man eigentlich in der Murgasse machen müsste, damit wir dort einen optimalen Straßenbahnverkehr unterbringen, weil alle wissen, dass es dort für die Fußgänger ein Wahnsinn ist und auch für die Beschleunigung der Straßenbahn eigentlich etwas beschränkt. Aber wir werden nicht die UNESCO-Altstadt niederreißen, das heißt, wir müssen eine Lösung finden, die irgendwo dazwischen ist. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Klaus! Du hast eine Anfrage an mich heute gestellt betreffend die Nichtbeantwortung innerhalb der Zwei-Wochen-Frist. Da gibt es jetzt quasi Vorwürfe oder einen großen Vorwurf von dir in Richtung meiner Koalitionspartnerin Lisa Rücker und du hast gemeint, ob wir uns da nicht um das Statut kümmern. Jetzt haben wir uns natürlich ganz schnell drum gekümmert und ich darf dir mitteilen, dass am 9. Mai auch der Herr Polz, unterschrieben von Frau Dr. Hammerl vom Präsidialamt selbstverständlich wie üblich, aber ich werde das jetzt einmal hier mitteilen, damit alle wissen, was das auch bewirkt, eine solche Frage in der Fragestunde. Wir schreiben nach dem Gemeinderat dann den jeweiligen Stadtsenatsreferenten an. Das lautet dann wie folgt: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin. Während der Fragestunde im Gemeinderat vom soundsovielten konnte innerhalb der durch die Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz vorgegebenen Zeit folgende Frage nicht mündlich beantwortet werden, dann kommen alle Fragen, die du nicht mehr gestellt bekommst als Stadtsenatsreferent, die angeführten GemeinderätInnen ersuchen daher um eine schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Darüber hinaus wird gebeten,

eine Kopie Ihrer an die FragestellerIn übermittelten schriftlichen Antworten innerhalb von zwei Wochen ab dieser Sitzung für die Auflage in der nächsten ordentlichen Gemeinderatssitzung zu schicken. Mit freundlichen Grüßen, die Abteilungsvorständin Frau Dr. Hammerl. Das ist erfolgt, also auch bei deiner Anfrage, die du heute zitiert hast und die Fragebeantwortung ist da, ich kann Sie dir vielleicht auch gleich geben, irgendwo muss es doch mit dem Wohnsitz, der Post oder irgendeiner Leitung zusammenhängen, aber wie gesagt, die Arbeit der Koalition in dem Fall, Partnerin Lisa Rücker, ist erfolgt und ich darf dich nur bitten, es durchzulesen, der Herr Polz braucht es noch, er macht eine Kopie. Also auch das ist ordnungsgemäß erledigt worden, das wollte ich jetzt dem Gemeinderat nur berichten (*Applaus ÖVP*).

6) Pilotprojekt drogentherapeutische Anlaufstelle

GR. **Baumann** stellt folgende Anfrage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen dieser Gemeinderatssitzung! Wie Sie in der letzten Woche und auch in dieser Woche in den Zeitungen lesen konnten, setzen sich die Grünen für eine weitere Einrichtung der Drogentherapie ein, nämlich für eine drogentherapeutische Anlaufstelle. Diese drogentherapeutische Anlaufstelle ist eine Erweiterung des Angebotes für Drogenkonsumenten und -konsumentinnen und entspricht auch einer Notwendigkeit, die wir in Graz jetzt sehen. Öffentliche Konsumräume sind vorhanden, die uns aber allen zusammen eigentlich nicht passen, das sind die öffentlichen Toiletteanlagen, die als Fixerräume verwendet werden. Derzeit werden die Drogenkonsumenten und -konsumentinnen im Rahmen von Streetwork und im Rahmen des Kontaktladens, der von der Caritas geführt wird, betreut. Hier passiert Beratung, hier passiert eine Basisversorgung, Aufklärung und Unterstützung. Auch werden Therapiemöglichkeiten, Entzugsmöglichkeiten angeboten. Eine wichtige Lücke in diesem Beratungs- und Betreuungsangebot herrscht im Bereich des Konsumraumes. Das heißt, in diesem Konsumraum sollen schwerst abhängige, kranke Personen ihre Drogen, auch ihre illegalen Drogen, dort

unter Aufsicht von Sozialarbeitern/Sozialarbeiterinnen, aber auch unter Aufsicht von Ärzten und Ärztinnen konsumieren können. International sind diese Konsumräume bekannt und erfolgreich, sie reduzieren einerseits die Kriminalität und zweitens erhöhen sie den subjektive Gesundheitsfaktor der Drogenkonsumenten und -konsumentinnen. In Graz soll nun österreichweit ein Pilotprojekt installiert werden, und evaluiert werden im Zeitraum von ungefähr zwei Jahren sollte in den Räumlichkeiten des Kontaktladens unter der Schirmherrschaft der Caritas dieses Projekt starten und nach diesen zwei Jahren oder am Ende dieser zwei Jahre können wir uns dann gemeinsam ein Bild machen, ob es zu einer Verbesserung einerseits der Situation, die uns alle stört, im öffentlichen Raum und andererseits für die Drogenkonsumenten und -konsumentinnen gekommen ist. Für diese nicht ganz unumstrittene Maßnahme bedarf es einer sehr breiten politischen Basis hier in Graz und in der Steiermark. Ich komme dann zu meiner Anfrage, ich wollte noch sagen, diese breite politische Basis, um diese drogentherapeutische Anlaufstelle hier in Graz gut abzusichern, bedarf es die Zusammenarbeit aller Parteien. Wir müssen schauen, ob wir mit den rechten und sehr rechtsorientierten Parteien da überhaupt ein Gespräch führen können, das würde auch, so meine ich, Ihre Aufgabe sein. Die Unterstützung der Bundesministerien für Gesundheit und Inneres und auch der Justiz (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) sind für dieses Pilotprojekt, für dieses notwendige Pilotprojekt in Graz erforderlich, daher meine

A n f r a g e ,

sehr geehrter Herr Bürgermeister. Sind Sie bereit, bezüglich des Pilotprojektes der drogentherapeutischen Anlaufstelle ein Ersuchen in schriftlicher Form um:

1. notwendige Ergänzung des vorliegenden Konzeptes für eine DTA und
2. benötigte Mindestunterstützung zur Durchführung dieses Pilotprojektes in Graz an die zuständigen Bundesministerien für Gesundheit, Inneres und Justiz sowie an die Bundesdrogenkoordinationsstelle zu richten?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Staffelung der Urlaubszeiten bei der Mediathek der Stadt Graz

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine erste Anfrage bezieht sich auf die Mediathek. Die Mediathek der Stadt Graz hat in den Sommermonaten drei Wochen geschlossen. Das erscheint jedoch insofern unverständlich, da das reichhaltige Angebot besonders in den Ferien von vielen Kindern und auch Erwachsenen genutzt wird und es diesbezüglich keine Alternativen gibt.

Aus diesem Grund stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren und eine Staffelung der Urlaubszeiten prüfen zu lassen, um durchgehende Öffnungszeiten der Mediathek über die Sommermonate gewährleisten zu können? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Essen im SchülerInnenhort

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Es geht um das Essen im SchülerInnenhort. Der Anteil an Migrantinnen und Migranten, die die städtischen SchülerInnenhorte besuchen, ist gestiegen. Mehrfach habe ich Kritik gehört, dass bei der Erstellung des Speiseplans zu wenig Rücksicht auf die Kinder genommen wird, die kein Schweinefleisch essen.

Alternativen müsste es jedoch zum Beispiel auch für die geben, die gar kein Fleisch essen.

Aus diesem Grund stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die Verantwortlichen der Zentralküche darauf aufmerksam zu machen, dass Alternativen im Speiseplan Berücksichtigung finden sollen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, soweit mir bekannt ist, wird tagtäglich auch ein vegetarisches Menü zusätzlich angeboten, aber wir werden das auch auf Grund Ihrer Anfrage noch einmal kontrollieren lassen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Ausweitung des BezieherInnenkreises der SeniorInnenkarte der GVB

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Meine dritte Anfrage betrifft Ausweitung des BezieherInnenkreises der SeniorInnenkarte der GVB. Pensionistinnen und Pensionisten in Graz können nur dann eine ermäßigte SeniorInnenkarte erwerben, wenn sie das gesetzliche Pensionsantrittsalter erreicht haben. Das heißt, Frauen ab 60 Jahren und Männer ab 65 Jahren sind anspruchsberechtigt vorausgesetzt, dass sie brutto nicht mehr als 1250 Euro monatlich zur Verfügung haben.

Ausgeschlossen von dieser Maßnahme sind somit all diese Menschen, die in Frühpension sind. Sie sind deshalb gezwungen, den vollen Preis für die öffentlichen Verkehrsmitteln zu zahlen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachvollziehbar, da sie aufgrund ihrer Einkommenssituation die zahlreichen Belastungen voll tragen müssen. Viele leben an und unter der Armutsgrenze und sind jetzt auch noch von den Fahrpreiserhöhungen der GVB unmittelbar betroffen.

Solange der Sozialpass nicht umgesetzt wird, soll als vorübergehende Maßnahme der BezieherInnenkreis der SeniorInnenkarte der GVB auf alle Personen ausgeweitet werden, die einen Pensionsanspruch haben.

Namens der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb an Sie folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen heranzutreten und eine Ausweitung des BezieherInnenkreises der SeniorInnenkarte prüfen zu lassen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Vorfall am Grazer Hauptbahnhof am 27. Juni 2008

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Freitag, dem 27.06.08 ereignete sich am Grazer Hauptbahnhof ein gefährlicher Zwischenfall: Ein stark alkoholisierte 18-Jähriger hantierte mit einem entsicherten Gasdruckrevolver herum und bedrohte damit auch zwei dort arbeitende Security-Mitarbeiter. Der Besitzer der Sicherheitsfirma „Security Service“ kündete daraufhin

über die Medien an, auf die Vorfälle sofort zu reagieren und seine Mitarbeiter aufzurüsten.

Was er damit meinte, ist nun erschreckenderweise am Grazer Hauptbahnhof im Bereich des dortigen Sparmarktes zu sehen: Im und vor dem Supermarkt laufen zwei Mitarbeiter der Security-Firma herum und vor allem nachts und in den Abendstunden ausgestattet mit schwarzen Uniformen, Schlagstöcken und Schusswaffen!

Zur Information: Sicherheitsfirmen schulen ihre Mitarbeiter zwar unter anderem auf das allgemeine Anhalterrecht, um bei einem Strafdelikt unmittelbar einschreiten zu können, allerdings gesetzlicherweise nur unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, da ein allgemeines Anhalterrecht auch jedem anderen Bürger zusteht. Das kann von höflichem Diskutieren bis hin zum Körpereinsatz reichen. Auf alle Fälle haben sie keinesfalls Exekutivbefugnisse, geschweige denn deren Ausbildung und Erfahrung insbesondere im Waffen- und Schusswaffengebrauch.

Wenn die Sicherheitsfirma „Security Service“ jetzt mit schwer bewaffneten Mitarbeitern am Hauptbahnhof ihre Arbeit erledigt, so sehe ich das für das Image der Stadt als sehr bedenklich. Der Sparmarkt ist vom Polizeiwachzimmer in wenigen Sekunden erreichbar. Polizisten/Innen patrouillieren auch ständig im Bereich des Hauptbahnhofes. Bewaffnete Agenden müssen in unserer Stadt in den Händen der Exekutive bleiben.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dieses ernsthaften Problems anzunehmen und mit den Verantwortlichen der Exekutive eine Lösung zu erarbeiten, wie in Zukunft dieser für die Stadt Graz bedauerliche Missstand zu verhindern und abzustellen wäre?
(Applaus KPÖ).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Sperre Bahnübersetzung Weixelbaumstraße – Gösting

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Diese Anfrage deckt sich mit der in der Fragestunde nicht gestellten Anfrage der Mag. Susanne Bauer bezüglich der Sperre der Bahnübersetzung Weixelbaumstraße in Gösting. Eine für die Bewohner der östlich gelegenen Weixelbaumstraße und des Weidweges in Gösting unzumutbare Situation bahnt sich mit dem Vorhaben der ÖBB an, ab 13. August die Bahnübersetzung Weixelbaumstraße für den Pkw-Verkehr, insbesondere aber auch für den Rad- und Fußverkehr, zu sperren.

Die Bahnübersetzung Weixelbaumstraße ist für die vielen BewohnerInnen der östlich gelegenen Einfamilienhäuser entlang der Weixelbaumstraße und des Weidweges die einzige Möglichkeit, ohne große Umwege in den Ortskern nach Gösting zu gelangen. Zahlreiche Geschäfte, eine Sparkasse und vor allem die Volksschule Gösting mit zahlreichen Kindern, die aus dieser Wohnsiedlung kommen, wären mit der Sperre für die Bewohner nur sehr erschwert erreichbar.

Auch würde das Pkw-Verkehrsaufkommen in der Anton-Kleinoscheg-Straße in Richtung Ortskern Gösting von und zur Wiener Straße kommend sehr stark zunehmen, fahren doch die Bewohner dann die großen Umwege mit ihrem Pkw und nicht mehr mit dem Fahrrad oder gehen zu Fuß.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, zur Lösung dieses für die Betroffenen außerordentlichen großen Problems Verhandlungen mit den ÖBB aufzunehmen, um zumindest die wichtige Verbindung für den Geh- und Radverkehr für die dortigen BewohnerInnen zu sichern? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.